



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

575 (13.12.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209953](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209953)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung 9.12.—14. Dez. 1 Million Mark. Die monatlich bezogenen Exemplare sind bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisänderungen zu bezahlen. Postfachnummer 17900 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim E. 6. 2. — Geschäfts-Nachschiffe: Badischer, Wollschiff, A. Jerspe, Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945, 7946, 7947, 7948, 7949, 7950, 7951, 7952, 7953, 7954, 7955, 7956, 7957, 7958, 7959, 7960, 7961, 7962, 7963, 7964, 7965, 7966, 7967, 7968, 7969, 7970, 7971, 7972, 7973, 7974, 7975, 7976, 7977, 7978, 7979, 7980, 7981, 7982, 7983, 7984, 7985, 7986, 7987, 7988, 7989, 7990, 7991, 7992, 7993, 7994, 7995, 7996, 7997, 7998, 7999, 8000.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung per einwöchige Kolumne für fünfmalige Anzeigen 0,40 Goldmark. Bei Anzeigen von 100 Zeilen und darüber wird keine Veranlassung genommen, höhere Sätze zu berechnen. Bei Anzeigen von 50 Zeilen und darüber wird eine Ermäßigung von 10% auf die ersten 10 Zeilen und eine weitere Ermäßigung von 5% auf die übrigen Zeilen bewilligt. Bei Anzeigen von 25 Zeilen und darüber wird eine Ermäßigung von 15% auf die ersten 10 Zeilen und eine weitere Ermäßigung von 10% auf die übrigen Zeilen bewilligt. Bei Anzeigen von 10 Zeilen und darüber wird eine Ermäßigung von 20% auf die ersten 10 Zeilen und eine weitere Ermäßigung von 15% auf die übrigen Zeilen bewilligt. Bei Anzeigen von 5 Zeilen und darüber wird eine Ermäßigung von 25% auf die ersten 5 Zeilen und eine weitere Ermäßigung von 20% auf die übrigen Zeilen bewilligt. Bei Anzeigen von 1 bis 4 Zeilen wird eine Ermäßigung von 30% auf die ersten 1 Zeile und eine weitere Ermäßigung von 25% auf die übrigen Zeilen bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 35% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 40% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 45% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 50% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 55% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 60% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 65% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 70% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 75% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 80% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 85% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 90% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 95% auf die erste Zeile bewilligt. Bei Anzeigen von 1 Zeile wird eine Ermäßigung von 100% auf die erste Zeile bewilligt.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Schwierigkeiten der Rheinfrage

Das Programm der Reichsregierung

□ Berlin, 13. Dez. (Von unserm Berliner Büro.) Man hat im besetzten Gebiet vielleicht noch mehr als im unbesetzten über die Unklarheit und Unentschiedenheit geklagt, mit der die Reichsregierung dem Rheinlandproblem (in Wahrheit handelt es sich um einen ganzen Komplex von Fragen) gegenübersteht. Die Anklagen und Vorwürfe sind nach unserer Kenntnis der Dinge heute nicht mehr berechtigt. Die neue Schöpfung des Rhein- und Ruhrausschusses im Kabinett hat sich ansehend doch bemüht. Man hat nunmehr feste Richtlinien und diese Richtlinien haben, wie wir schon gestern andeuteten, in der vorigen Woche die Beteiligung der anwesenden Vertreter des besetzten Gebiets gefunden. Sie sind, wie man uns versichert, dieser Tage vom Ober-Ausschuss ganz überwiegend gutgeheißen worden. Vielleicht kann man das Programm der Reichsregierung in zwei Sätzen zusammenfassen: Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Rahmen des geltenden Rechts und der bestehenden Staats- und verfassungsrechtlichen Verhältnisse, und darüber hinaus Verhandlungen mit den Befehlsmächten, um so schnell wie möglich zu Zuständen zu kommen, die auch für die Dauer für Staat und Bevölkerung getragen werden könnten.

Ob das Programm, zu dem, wie man uns erzählt, neuerdings sich auch Männer bekennen sollen, die noch vor kurzem anderer Auffassung nachdrücklich, sich vermittelnden lassen wird, ist freilich noch nicht sicher. Das wird vornehmlich davon abhängen, wie weit wir der drängenden Wirtschaftsnot, die im besetzten Gebiet noch größer als im Innensande ist, Herr zu werden vermögen. Dabei ist nicht alles in unsere eigene Hand gegeben. Die Verhältnisse können härter sein als wir und dann werden wir nur eine neue Lage gestellt, die immer neue Entschlüsse von der Regierung fordert. Einstweilen aber bleibt es dabei, daß man es ohne staatsrechtliche Änderungen versuchen wird, dem Rheinland zu helfen und das schon in den nächsten Tagen, nach der Genehmigung Dr. Stresemanns. Das Reichskabinett wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, wie man die Befehlsmächte an den Zustand von ihnen gemieteten Verhandlungssitz bringt.

Neben diesen großen Schwierigkeiten sind die Probleme die in der Diskussion der letzten Wochen zunächst im Vordergrund gestanden haben, verhältnismäßig von geringerer Bedeutung, wenn auch keineswegs unwichtig zu ihrem Teil. Da ist vor allem die Währungsfrage, die im Augenblick noch nicht reiflos gelöst zu sein scheint. Eine Einführung der Rentenmark wird, wie wir nochmals betonen möchten, nicht geplant, wohl aber wird der Postenscheck in Rentenmark auch im besetzten Gebiet freigegeben werden. Spätestens zum 1. Januar soll dann das Rheinland ein veredeltändiges Notgeld erhalten. Es fragt sich nur, wie man über die Zwischenzeit hinwegkommt. Das rädliche Notgeld beträgt etwa 180 Trillionen Papiermark. Die Verhandlungen mit der Reichsbank sind bislang ergebnislos geblieben. Nach wie vor ist die Reichsbank nicht geneigt, diese Beträge anzunehmen, aber auch über die Schaffung eines Zwischengeldes ist man sich noch nicht einig geworden. Man hat vorgeschlagen, die Beträge, die für die Zahlung von Gehältern und Löhnen erforderlich wären, zu kontinentalisieren. Diese Beträge würden dann wenigstens von der Reichsbank angenommen werden. Auch in der Beziehung hat sich, wie gesagt, ein Einverständnis noch nicht erzielen lassen.

Einigermaßen kritisch steht es mit der Goldnotenbank, gegen deren Schaffung schon das Kabinett Stresemann lebhaftes Bedenken hat. Auch die Regierung Marx ist nicht geneigt, die Goldnotenbank zu genehmigen, solange sie nicht, was bisher nicht

der Fall war, ihre Statuten kennt und nicht die Gewähr hat, daß die Goldnotenbank zu gegebener Zeit auch in die künftige Reichsgoldnotenbank übergeführt wird. Es versteht sich am Rande, daß es unerträglich wäre, das Reichswährungsproblem in zwei Teile zu zerlegen. Das Reich hat sich in den Verhandlungen über die finanziellen Schwierigkeiten zu großen Opfern den Gemeinden gegenüber bereit erklären müssen. Man hatte zunächst, nachdem man auf die Schaffung des Zwischengeldes verzichtet hatte, vorgeschlagen, den Gemeinden den gesamten Einkommens- und Körperschaftsteuerertrag zu überweisen, wie sie es erleben und mit Einschluß des Reichsanteils als Kostenzuschuß verrechnen sollten. Die Gemeinden haben erklärt, damit nicht auskommen zu können. Darauf wurde von der Regierung vorgeschlagen, auch nach die gesamte Einkommenssteuer der Gemeinden zu überlassen. Wie man sieht, bleiben also noch viele Schwierigkeiten zur Lösung des Problems zu überwinden.

Schwierigkeiten für den Ober-Ausschuss

Die sozialistische „Düsseldorfer Volkszeitung“ schreibt über die Verhandlungen des Ober-Ausschusses, es sei in den letzten Tagen ein Stimmungsumschwung erfolgt. Die so. Kölner Prominenten hätten dem Ausschuss nur geringe Beachtung geschenkt. Es sei deshalb nicht zu einer eifrigen Tagung gekommen und nicht einmal eine Konstituierung erfolgt. Die Fraktionen seien lediglich zur Berichterstattung zusammengekommen. Eine große Mehrheit scheine die feste Haltung der Reichsregierung gegen die Postenscheckbestrebungen zu begrüßen. Die Sozialdemokratie lehne die Goldnotenbank ab, da ihr Zweck nicht einzusehen sei, nachdem die Frage des veredeltändiger Geldes gelöst sei. Ob es am 19. Dezember zu einer regelrechten Tagung komme, müsse abgewartet werden. Da gewisse Stellen den Ausschuss für ein ungelegentliches Instrument für ihre Pläne hielten und lieber auf eigene Faust handelten, scheine man nicht viel Wert darauf zu legen.

Das deutsche Verhandlungsbegehren

□ Berlin, 13. Dez. (Von un. Berl. Büro.) Wie wir hören, wird die deutsche Regierung demnach an die französische Regierung mit dem bestimmten Ersuchen herantritten, namentlich direkte Verhandlungen von Regierung zu Regierung über das gesamte Problem der Reparationsfragen und der Fragen des besetzten Gebietes zu eröffnen. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Zeit direkter Verhandlungen nunmehr gekommen sei, nachdem die Voraussetzungen, nämlich die Ausgabe des passiven Widerstandes nach französischem Eingeständnis nunmehr gegeben ist. Einer Trennung der wirtschaftlichen von der staatsrechtlichen Seite des Problems wird, wie wir hören, die Reichsregierung niemals zustimmen. Über diese Haltung besteht innerhalb des Reichskabinetts vollkommene Einmütigkeit.

Die Wiederbefreiung des Pariser Postkastenspostens

□ Berlin, 13. Dez. (Von un. Berl. Büro.) Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes ist die Frage der Wiederbefreiung des deutschen Postkastenspostens in Paris wieder akut geworden. Es berührt seitdem, daß die französische Presse neuerdings gegen Deutschland den Vorwurf erhebt, es habe diese Angelegenheit in sträflicher Weise vernachlässigt, seitdem deswegen, weil der französische Regierung doch genau bekannt sein muß, daß die deutsche Regierung seit August nicht weniger als dreimal den Versuch gemacht hat, der französischen Regierung einen Postkasten zu präsentieren. Die drei Vorschläge, die von Berlin aus in Paris gemacht worden sind, hat man von dort bisher einer Antwort nicht gewürdigt. Daraus geht hervor, was die Schuld an der Verzögerung trifft.

Der Ober-Ausschuss zum Beamtenabbau

Der Ober-Ausschuss des Reichslogs führte heute seine Beratungen über die Beamtenabbauordnung fort. Angenommen wurde ein Antrag, der den in der Verordnung enthaltenen Unterchied zwischen lebenslänglich angestellten und planmäßig und auf Kündigung angestellten Beamten beseitigt. Auf Kündigung angestellte planmäßige Beamte können demzufolge nicht entlassen werden, sondern nur unter Bewilligung des geschäftlichen Vorgesetzten einwilligen in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie eine länger als 10jährige ruhegehaltsfähige Dienstzeit zurückgelegt haben. Sonstige außerplanmäßige Beamte und Beamte auf Widerruf, auf Probe oder im Vorbereitungsdienst können aus dem Reichsdienst entlassen werden. Ferner wurde ein Antrag angenommen, monoch Versorgungsmärkte, die noch keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Wartegeld haben, zunächst an letzter Stelle zu entlassen sind.

Neue Kabinettsreise in Sachsen

Die lässliche sozialdemokratische Bandenorganisation wird, wie in politischen Kreisen verlautet, die Forderung der Demokraten auf Rücktritt des Innenministers Liebknecht nicht erfüllen. Damit ist eine neue Kabinettsreise in bedenkliche Nähe gerückt.

Neue Verbote

Der Wehrbeauftragte des Reichspräsidenten vom 26. September außer den bereits betroffenen Parteien noch die Organisationen und Einrichtungen der folgenden Verbände verboten: 1. Allgemeine Arbeiter-Union (einschließlich der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands), 2. Sozialistische Arbeiter-Revolution, 3. Bund internationaler Kriessoldaten. Die Aufstellung von Wohnverhältnissen dieser und der bereits verbotenen Parteien für die bevorstehenden nächsten Gemeindevahlen wird untersagt. Bereits einseitigige Wahlvorschlüsse sind für die Wahlorgane unbeschäftigt.

Reiseparguthaben

Nach Berliner Blättern werden von Montag ab an den Schaltern der Reichsbahn Reiseparguthaben verkauft werden, die auf 2 und 5 Goldmark lauten und zu jeder Zeit von sämtlichen Fahrkartensachverwaltern und Gepäckabfertigerinnen auch bei Auslandsreisen in Zahlung genommen werden. Auf diese Weise soll weiteren Kreisen die Möglichkeit gegeben werden, für eine bevorstehende Reise in Italien zu tunen.

Französisch-amerikanischer Briefwechsel

Die zwischen dem französischen Vertreter in der Reparationskommission, Barthou, und dem amerikanischen Vertreter, Logan, über die Einleitung der Sachverständigenausschüsse ausgetauschten Briefe haben folgenden Wortlaut:

Am 5. Dezember schrieb Barthou an Logan: „Ich habe mit meinem Kollegen Delacroix eine Unterredung über die Bewertungen gehabt, die Sie uns übermittelt haben. Um Sie genauer zu unterrichten und um die Punkte aufzuklären, die Zweifel aufkommen lassen könnten, geben wir Ihnen hiermit eine eingehende Erläuterung. Der erste Sachverständigenausschuss soll ausfindig machen: a) die Mittel, um den Haushalt auszugleichen und b) die zur Stabilisierung der Währung zu ergreifenden Maßnahmen. Was die Stabilisierung der Währung betrifft, so sollen die Sachverständigen aufgefordert werden, zuerst die zu verwirklichenden Bedingungen zu bestimmen, damit die Währung stabilisiert werden kann und hierauf die Maßnahmen, die fortwährend getroffen werden müssen, damit alle diese Bedingungen durchgeführt werden. Da die Stabilisierung der Währung den Ausgleich des Haushalts notwendig macht, werden die Sachverständigen auch gebeten werden, im einzelnen die Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches und der Länder zu prüfen. Die Repts wird von den Sachverständigen verlangen, daß sie in voller Aufrichtigkeit über die ihnen übermittelten Fragen ihre technischen Ansichten beizubehalten. Delacroix und ich glauben, daß diese Aufklärungen die Regierung der Vereinigten Staaten bestimmen können, sich nicht zu widersetzen, wenn die amerikanischen Sachverständigen die Aufforderung erhalten, an den Arbeiten des Ausschusses teilzunehmen. Im übrigen bin ich sehr gern bereit, wenn Sie unsern Vorschlag annehmen, ihn der Reparationskommission zu übermitteln.“

Die am 12. Dezember datierte Antwort des amerikanischen Vertreters Logan lautet: „Ich habe nicht verfehlt, meiner Regierung vom Inhalt Ihres Briefes vom 5. Dezember Kenntnis zu geben. Meine Regierung interessiert sich lebhaft für die wirtschaftliche Wiederaufbau Europas und ist glücklich, zu erfahren, daß die Repts sich anstrengt, zu dem genannten Zweck zwei Sachverständigenausschüsse einzusetzen. Meine Regierung hat von der Erklärung Ihres Briefes über den Zweck des ersten Sachverständigen-Ausschusses Kenntnis genommen. (Es folgt eine Wiederholung des Inhalts von Barthous Brief.)

Das Schreiben Logans schließt: „Ich habe Ihnen im Verlauf unserer Unterredung erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht in der Lage ist, sich in diesen Angelegenheiten zu äußern, aber da meine Regierung glaubt, daß die geplante Untersuchung einen großen Wert hat und daß sie es gerne sähe, wenn von amerikanischen Sachverständigen die ihnen von der Repts zugehörige Einschätzung angenommen wird. Man hofft, daß dieser Ausschuss zu einer gerechten und sachlichen Lösung der schwebenden Fragen zu gelangen.“

Die Arbeiten des Völkerrundrats

Der Völkerrundrat hat am Mittwoch den Bericht der Mandatsmission angehört. Es ist beschlossen worden, diesen Bericht den beteiligten Regierungen zuzustellen. Der Rat nahm ferner eine Entschlieung an, worin festgelegt wird, daß die Mandatsländer im allgemeinen nach dem Geist und dem Buchstaben des Völkerrundratsvertrages verhalten werden. Er drückt den Wunsch aus, daß die Mandatsmission in Zukunft von den Regierungen besser über die finanzielle Lage der Mandatsgebiete unterrichtet werde. Außerdem teilt er die Mandatsmission, über den Zustand der Bondeislands in Südafrika ungenügend informiert worden zu sein.

Der Völkerrundrat hat in seiner Plenarsitzung den die Sachfragen

betreffenden Punkt vorläufig zurückgestellt. Es ist möglich, daß diese Angelegenheit heute zur Sprache kommen wird. Das läßt darauf schließen, daß die Ernennung der Mitglieder der Regierungskommission sich nicht ganz vollziehen werde. Es bestätigt sich also, daß sich in dieser Frage Schwierigkeiten ergeben haben, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die Angelegenheit überhaupt in der gegenwärtigen Tagung des Rats ihren Abschluß finden wird. Es handelt sich im wesentlichen um die Ernennung von zwei Mitgliedern der Regierungskommission. Nach den Enthüllungen des Hektor-Prozesses ist zum vorläufigen Vertreter in der Regierungskommission Land ernannt worden. Der Völkerrundrat hat die Aufgabe, den freigeordneten Posten des Dr. Hektor endgültig zu besetzen. Ferner soll anstelle des dänischen Mitglieds Graf Wallat-Huttfeldt, der während seiner ganzen Amtszeit nicht recht in Fühlung mit der Bevölkerung kommen konnte, ein neues Mitglied ernannt werden. Als Kandidaten für den norddänischen Posten sind vor der Presse drei Persönlichkeiten genannt worden, die auch als Kandidaten Lord Robert Cecil gekennzeichnet wurden. Die letztere Behauptung ist, wie sich jetzt herausstellt, mit Recht in Zweifel gezogen worden. Aus Anrufen des Völkerrundrats wird heute abend bekannt, daß in Wirklichkeit als Kandidaten für die Nachfolge Dr. Hektors die Herren Lebacher, Beder und Schmalzer im Vordergrund stehen. Wie weiter angeordnet wird, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Völkerrundrat der heiklen Frage aus dem Wege gehen, in der gegenwärtigen Tagung nur den Nachfolger für den Grafen Wallat ernennen und die übrigen Fragen bis zu der für den Monat März vorgegebenen Tagung aufschieben wird.

Zeigner als Urkundenfälscher

Über die Tätigkeit der sächsischen Staatskommission bei der Bundespolizei erzählt man noch folgende sehr merkwürdige Einzelheiten: Der Regierungskommissar Haufe, der vor kurzem von der Reichswehr in Schutzhaft genommen wurde, hat einem Parteifreunde namens Baland den Ausweis für Exekutivbeamte zur Verfügung gestellt, der bestimmungsgemäß ausschließlich der Beamten zugeht, die mit Vollzugsgehalt ausgestattet sind. Die Kupfermarke aber überschlägt u. a. zur freien Benutzung der Verlehrsmitel usw.

Das Unglaubliche hat sich aber dieser Regierungskommissar Haufe damit geleistet, daß er keinen Parteifreunde, dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, einen Waffenschein ausstellte, obwohl er dazu nicht berechtigt war. Dieser Waffenschein für Dr. Zeigner ist zudem auf einen falschen Namen ausgestellt, und von Dr. Zeigner mit einem solchen Namen unterschrieben worden. Für diese Urkundenfälschung dürfte der Staatsanwalt zweifellos ebenfalls erhebliches Interesse haben. Und dieser Haufe war von Dr. Zeigner bekanntlich zum Präsidenten der delantenen Staatskommission ernannt worden.

Die Lage in der Pfalz

Von den 42 Gemeinden des Bezirks Frankenthal haben bis jetzt in 35 Gemeinden die Gemeinderäte auf die Aufforderung, eine Lokalitätserklärung für die separatistische Regierung abzugeben, erklärt, daß sie nur hinter der rechtmäßigen bayerischen Regierung stehen und nur deren Anordnungen befolgen. Die Bürgermeister der Gemeinden, die zur Abgabe einer Lokalitätserklärung von den Separatisten genötigt wurden, seien nicht beauftragt gewesen, diese Erklärung abzugeben, die damit rechtswirksam sei.

Der Stadtrat von Ludwigshafen hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Wir bleiben hinsichtlich unserer Beziehungen zur Regierung der autonomen Pfalz auf unseren früheren Beschließen bestehen und lehnen daher Kontrollorgane und Weisungen dieser Regierung ab.“

Verhaftungen und Ausweisungen

In Pirmasens wurde Amtsrat Dr. Ritterbacher von den Separatisten verhaftet. Vorher wurde bei dem Verhafteten eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Gründe der Verhaftung sind unbekannt. In Korheim wurde der stellvertretende Bürgermeister Ohlig in einem Auto von den Separatisten abgeführt. Der Bürgermeister von Germersheim, Dr. Schmidt, wurde von den Separatisten verhaftet und nach Speyer gebracht. Der erste Bürgermeister von Landau, Ehrensped ist von den Separatisten ausgewiesen worden. Von der Befehlsmacht wurde der Gendarmen-Sicherheitskommissar Dietrich mit Familie, in Obertoblen ausgewiesen.

Der Beamtenstreik in Oesterreich

□ Berlin, 12. Dez. (Von un. Berl. Büro.) Die bisherigen Verhandlungen des österreichischen Finanzausschusses im Parlament mit dem Streikkomitee haben, wie von der ungarischen Grenze gemeldet wird, zu einer Verschärfung der Lage geführt. Wie es heißt, sollen, falls nicht noch die Einigung mit den Postangestellten zustande kommt, heute die Angehörigen der Staatsdruckerei und alle Beamten der Finanzbehörden die Arbeit einstellen. Vom Montag ab wäre dann mit dem Streik der Gas- und Elektrizitätsangestellten zu rechnen.

Saarbrücken, 13. Dez. Die Regierungskommission hat die Sachhilfe für deutsche Kar“ genehmigt. In der Presse wird zur Sammlung aufgerufen. Die Stadt Saarbrücken hat bereits den Betrag von 100.000 Franken zur Verfügung gestellt.

